

<http://www.derwesten.de/staedte/witten/stadt-witten-verschiebt-einbringung-des-haushalts-2016-id11245939.html>

Finanzen

Stadt Witten verschiebt Einbringung des Haushalts 2016

02.11.2015 | 16:28 Uhr



Kämmerer Mathias Kleinschmidt.

Foto: Jürgen Theobald

Können für 2015 versagte 7,2 Mio. Euro aus Stärkungspakt aufs nächste Jahr übertragen werden? Ohne das Geld steht die Stadt vor einem großem Problem.

Die Stadt hat die Einbringung des Haushaltsentwurfs für 2016 aufgeschoben, weil sie auf eine entscheidende Auskunft der Bezirksregierung zu den für 2015 eingeplanten Stärkungspaktmitteln wartet. Die laufenden Etatberatungen in den Ausschüssen werden deshalb in der Regel ausgesetzt. Beratungen wären zwar möglich, ohne Haushaltsansätze aber keine Entscheidungen.

Als Stärkungspaktkommune sollte Witten ursprünglich für 2015 wieder einen Zuschuss von 7,2 Millionen Euro vom Land bekommen. Bedingung ist ein ausgeglichener Haushalt, einschließlich dieser Mittel. Arnsberg stoppte die Auszahlung, weil im laufenden Jahr ein neues Defizit von 15 Millionen Euro aufgetreten ist. Die Stadt verwies vor allem auf eine Deckungslücke bei den Flüchtlingskosten von 7,5 Millionen Euro.

Diese ist inzwischen dank der Verständigung zwischen Bund und Ländern auf 1,5 Millionen Euro geschrumpft.

Die Gewerbesteuereinnahmen bleiben voraussichtlich fünf Millionen Euro hinter den angesetzten 57 Millionen zurück. Ursprünglich eingeplante Ausschüttungen von Sparkasse (1 Million Euro) und ewmr (1,5 Millionen) fließen nicht. Beamten- und Kita-Gehälter steigen stärker als eingeplant. „Uns fehlen immer noch fünf bis zehn Millionen Euro, um die Lücke zu schließen und die 7,2 Millionen zu bekommen, sagt Kämmerer Kleinschmidt. „Das kriegen wir im Jahr 2015 nicht mehr ausgeglichen“, befürchtet er.

Stadt wartet auf Antwort aus Arnsberg

Maßgeblich für den Haushaltsentwurf 2016 ist die Frage, ob die Stadt die für 2015 nicht ausgezahlten 7,2 Millionen aus dem Stärkungspakt auf das nächste Jahr übertragen darf, zusätzlich zu den für 2016 ohnehin eingeplanten Landeszuschuss von weiteren sieben Millionen Euro. In dieser Angelegenheit wartet die Stadtverwaltung auf eine Antwort der Bezirksregierung.

Mit den Stärkungspaktmitteln aus beiden Jahren glaubt die Stadtspitze, dann mit Verspätung einen ausgeglichenen und in der Politik möglicherweise zustimmungsfähigen Haushaltsentwurf 2016 vorlegen zu können. Dieser würde dann bereits die Anhebung der Grundsteuer auf 910 und der Gewerbesteuer auf 520 Punkte beinhalten. Sollten die 2015 versagten Stärkungspaktmittel Witten aber endgültig verloren gehen, sieht sich die Stadtspitze vor einer äußerst schwierigen Aufgabe.

Johannes Kopps